

Pro und Kontra: Videoüberwachung

Pro: Video-Überwachung bei der VAG – ein Problemfall?

von Andreas Hoffmann

B'90/DIE GRÜNEN verstehen sich seit ihrer Gründung als Bürgerrechts-Partei und reagieren sensibel, wenn es um Eingriffe in die Privatsphäre der BürgerInnen geht. Und das ist gut so! Nun hat die Freiburger VAG für einen Probelauf (!) in 10 Straßenbahnen Überwachungskameras installiert – und gleich gibt es Mitglieder, die meinen, da müssen wir GRÜNE was dagegen unternehmen. Müssen wir das? Fakt ist, in BaWü gab es bislang nur in Freiburg und Baden-Baden keine Videoüberwachung im ÖPNV. Der Entschluss zur Videoüberwachung bei der VAG ist nicht vom Vorstand „von oben“ diktiert worden, sondern war ein Bedürfnis der FahrerInnen in den Bussen und Bahnen, die sich zunehmend Aggressionen von Fahrgästen gegenübersehen. Rechtfertigt dies eine Videoüberwachung? Ich meine ja, denn man muss das berechtigte Anliegen der Beschäftigten und der VAG ernst nehmen. Ganz verhindern wird man Vandalismus und Aggressionen nicht, eine gewisse Abschreckung werden die Kameras aber schon bewirken. Letztlich ist man ähnlich betroffen wie bei der Videoüberwachung in Umkleieräumen von Hallenbädern. Aber wo liegt das Problem, wenn ich mich in den überwachten Bereichen „normal“ verhalte? Und wir dürfen uns auch nicht wundern, wenn solche Überwachungsmaßnahmen ergriffen werden, da die soziale Kontrolle wohl leider nicht mehr funktioniert. Oder wollen wir lieber „schwarze Sheriffs“ als Begleiter in der VAG? Fazit für mich: ich akzeptiere die Videoüberwachung in den Bahnen, denn für mich ist klar, dass die Aufzeichnungen sehr restriktiv gehandhabt werden. Es findet keine Daten-Sammelwut statt: Werden keine Vergehen in den Bahnen registriert, werden die Aufzeichnungen nach 48 Stunden automatisch gelöscht. Bei aller Zustimmung zur Videoüberwachung muss allerdings

auch ich sagen: Die Infopolitik ist verbesserungsbedürftig – ich möchte eine Videoüberwachung nicht mit dem Anliegen begründet wissen, dass Bussen und Bahnen dadurch auch sauberer werden!

Kontra: Wie viel ist meine Privatsphäre wert?

von David Vaultont

Nun hat der Überwachungswahn auch die VAG infiziert. Mit Blick auf die Sicherheit und auf die Ausgaben in den letzten Jahren für Schäden durch Vandalismus und dem Hinweis auf die Verkehrsbetriebe in anderen Städten, werden nun die Fahrgäste zum TV-Star und (fast) alle signalisieren ihre Zustimmung. Ziemlich genau 21 Jahre nach dem Volkszählungsboykott hat die Big-Brother-Mentalität nun also auch die VAG und deren Fahrgäste erreicht.

Ob sich die Kriminalität durch Kameras verringern lässt, ist allerdings mehr als fraglich. So kam eine Auswertung des Berliner Testlaufes der Videoüberwachung zu dem Ergebnis, dass sich eine Veränderung der Kriminalitätsrate „bisher nicht abzeichnet“. Im Bereich der Sachbeschädigungen war sogar ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Umstritten ist zudem, inwiefern Kameras eine abschreckende Wirkung haben. Zumindest langfristig ist eher mit einer Gewöhnung zu rechnen. Mit zusätzlichem Personal in den Straßenbahnen würden hingegen die oben genannten Ziele sehr viel wahrscheinlicher erreicht werden. Aber geht es wirklich um ein mehr an objektiver Sicherheit? Nein. Es soll lediglich die „subjektiv empfundene Sicherheit weiter verbessert“ werden (Pressemitteilung der VAG). Sicher ist, wenn sich's sicher anfühlt. Und der Preis dafür? Jeder wird überwacht und keiner kann kontrollieren, was mit den Bändern geschieht. Dass Daten Begehrlichkeiten wecken, ist nicht erst seit Toll Collect bekannt.

Infos aus dem Büro

Hallo,
große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus – so auch das „Super-Wahljahr 2009“! Erst finden Kommunal- und Europawahlen statt und im Herbst folgt die Bundestagswahl. Obwohl wir mit der nächsten MV am 17. Juni die Vorbereitungen für die Kommunalwahl beginnen, möchte ich Euch über die Vorbereitungen zur Bundestagswahl informieren. Am 17. Juli werden wir unsere Kandidatin/unseren Kandidaten für die BT-Wahl nominieren und dabei sind einige Formalia zu beachten:

1. die schriftliche Einladung wird (im Juni) an alle Parteimitglieder verschickt, die ihren 1. Wohnsitz im Wahlkreis haben (Stadt Freiburg oder Teile des Kreises Brsg.-Hochschwarzwald). Stimmberechtigt bei der Nominierung sind nur solche Personen, die an diesem Tag
 - Parteimitglied sind,
 - das 18. Lebensjahr vollendet haben,
 - die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und
 - ihren 1. Wohnsitz im Wahlkreis haben.

Dies heißt konkret: Um bei der Nominierung mitstimmen zu können ist der Hauptwohnsitz relevant und nicht die Mitgliedschaft im Kreisverband! Bei unserer Nominierung können auch Mitglieder aus anderen KV's anwesend sein, diese müssen aber im Wahlkreis ihren 1. Wohnsitz haben. Das bedeutet andererseits, dass z. B. ein Mitglied des KV FR, das in Berlin wohnt, über die/den dortige/n Kandidatin/en abstimmen wird! Die Wahl der/des Bewerberin/s selbst muss in geheimer Abstimmung erfolgen.

Die Landesliste für die Bundestagswahl 2009 wird bei der LDK am 11/12.10.2008 in Schwäbisch Gmünd aufgestellt. Auch hier gelten besondere Bestimmungen: die Delegierten für diesen TOP müssen wahlberechtigt sein (d. h.: am Tage der Delegiertenwahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen).

Ich hoffe, Ihr seit jetzt nicht verwirrt, bei Fragen könnt Ihr Euch natürlich jederzeit an mich wenden!

Herzliche Grüße Andreas

Meldungen

Einladung an die Mitglieder des KV Freiburg zum Gedankenaustausch und zur Diskussion zum Thema „Immer älter, immer schwieriger? Chancen und Herausforderungen der demografischen Entwicklung“ am Montag, den 9. Juni 2008, 18.00 bis 20.00 Uhr im Nebenraum des E-Werkes. Mit Biggi Bender, der gesundheitspolitischen Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Bärl Mielich, der gesundheitspolitischen Sprecherin der grünen Landtagsfraktion sowie Kerstin Andreae MdB. Anmeldungen bitte baldmöglichst an das Büro von Kerstin unter Tel. 8886713 oder per mail an kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Am Donnerstag, den 17. Juli um 19:30 Uhr findet in der Wodanhalle (beim Ganterbiergarten) die Nominierung unserer Kandidatin/unsere Kandidaten für die Bundestagswahl 2009 statt. Offiziell hat sich bisher nur unsere derzeitige Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae dafür beworben. Wir möchten diesen Termin mit einem geselligen Teil im Ganterbiergarten ausklammeln lassen. Die Nominierungsversammlung selbst wird natürlich in der Wodanhalle abgehalten. Eine gesonderte Einladung dazu werdet ihr noch erhalten (siehe Infos aus dem Büro, Seite 1).

Fußball und mehr...

Am Dienstag, d. 10. Juni ist Fritz Kuhn, der Fraktionsvorsitzende unserer Bundestagsfraktion, zu Terminen in Freiburg. Am Abend hätte er Zeit und Lust, sich ab 17.30 Uhr mit uns zusammen gemütlich in einem Biergarten das EM-Spiel Spanien - Russland anzuschauen. Wir werden versuchen, im Biergarten vom Gasthaus Stahl Plätze zu reservieren - wer also Zeit und Lust hat, ist herzlich zu einem Meinungsaustausch eingeladen!

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Freiburg, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 12 14, Fax: 0761 / 7 54 05
 kreisverband@gruene-freiburg.de
 http://www.gruene-freiburg.de
 Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto.: 117568-751
 Auflage: 460 Exemplare
 Druck: Tilia-Druck Freiburg
 V.i.S.d.P.: Carsten Drecoll c/o Bündnis 90/Die Grünen
 Redaktion und Satz: Carsten Drecoll, Lektorat www.lektorat-drecoll.de
 Mitarbeiter dieser Ausgabe: Andreas Hoffmann, David Vaultont, Nadyne Dittmann, Günter Lewark, Adelheid Hepp, Julian Karwath, Peter Herrmann.

Fortsetzung v. S. 1

Zudem will die VAG auch den öffentlichen Raum überwachen und auch die Bilder der Streckenkameras zukünftig aufzeichnen. Somit wäre z. B. der Bertholdsbrunnen überwacht. Wir sollten uns sehr genau überlegen, wie weit wir gehen wollen und welchen Preis wir für ein bisschen gefühlte Sicherheit bereit zu bezahlen sind. 1,6 Millionen Euro Schaden entstanden durch Vandalismus in den Jahren 1998 bis 2007. Das macht durchschnittlich rund 180.000

Euro pro Jahr. Bei 71,2 Millionen (2006) Fahrgästen macht das 0,25 Cent (0,0025 €) pro Fahrgast. Würde also die VAG pro Fahrgast 1-2 Cent mehr einnehmen, wären die Kosten durch den Vandalismus gedeckt und zusätzlich könnte, zumindest in begrenztem Maße, Personal eingesetzt und so effektiver eine echte Sicherheit hergestellt werden und das nicht auf Kosten der Privatsphäre.

Wie viel mir meine Privatsphäre beim Straßenbahnfahren wert ist? Deutlich mehr als einen Cent.

Schwarz-Grün in Hamburg und die Debatte bei den Freiburger Grünen

von Nadyne Dittmann, Sprecherin des Kreisverbandes Freiburg

Die erste schwarz-grüne Koalition ist in Hamburg geschlossen worden. In einem Bundesland, das eher nicht zu den realpolitischsten Landesverbänden der Grünen zählte. Eher hätte man die erste schwarz-grüne Koalition in Baden-Württemberg erwartet. Doch die Rahmenbedingungen in Hamburg mit den handelnden Personen waren günstig.

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in Hamburg kann sich sehen lassen. Auf professionelle Weise haben sich CDU und Grüne die zentralen Projekte für die nächsten Jahre angeschaut, Schnittstellen und Konfliktpunkte diskutiert und dann Kompromisse gefunden. Dies ist eng an politischen Inhalten passiert. Hamburg hat gezeigt, dass es den Grünen um die konkreten Inhalte geht.

Eine Koalition erweist sich damit immer mehr als politisches Zweckbündnis, das das Ziel hat, möglichst viel der eigenen politischen Programmatik umzusetzen. Eine ideologische Überhöhung von Koalitionen wird angesichts der abnehmenden traditionellen Konfliktlinien und dem sich möglicherweise auch auf längere Sicht etablierenden 5-Parteien-System immer seltener werden.

Eine stärkere Orientierung an konkreten politischen Projekten bedeutet aber auch, dass wir als Grüne immer wieder darauf achten müssen, dass wir ein klares politisches Profil erarbeiten. Schwammige Kompromisspositionen, in denen sich die unterschiedlichsten Positionen wiederfinden, schaden uns hierbei auf längere Sicht. Mit unklaren Positionen gehen wir

sehr viel geschwächer in die politische Auseinandersetzung und Koalitionsverhandlungen als mit deutlichen politischen Vorstellungen.

Schwarz-grün hat auch eine strategische Seite, indem es die Chance bietet, politisch unbequeme Projekte anzupacken. Denn die CDU kann in einem ganz anderen Maße der Wirtschaft umwelt- und Klimaschutzpolitische Maßnahmen zumuten, als dies Rot-grün könnte. Politische Maßnahmen der CDU kommen bei der Wirtschaft anders an als von SPD oder Grünen. Auch die Zusammensetzung der Partei- und Wählerschaft von Schwarz-grün bietet die Möglichkeit, in der Sozialpolitik neue Wege zu gehen und strukturelle Veränderungen durchzusetzen, ohne dass die eigene Klientel abspringt. Das ist bei der SPD anders, was die Hartz-Reformen unter Schröder gezeigt haben.

Die Inhalte und die konkreten politischen Gegebenheiten vor Ort sind also für uns Grüne das Entscheidende bei der Frage, ob wir eine Koalition eingehen oder nicht. Das ist auch auf unserer letzten Mitgliederversammlung deutlich geworden, auf der eine sehr konstruktive Debatte über die Frage geführt wurde, welche Rolle die Grünen im 5-Parteiensystem zukünftig haben. Die Debatte hat gezeigt, dass es von uns Grünen wenig Berührungängste mit der CDU gibt, sofern die inhaltlichen Übereinstimmungen und die handelnden Personen im konkreten Fall stimmen.

Den Gesundheitsfonds stoppen und keinen Feldversuch mit den gesetzlich Versicherten riskieren

von Günter Lewark und Adelheid Hepp, PG Gesundheit

Niemand will ihn, keiner braucht ihn, aber kommen soll er trotzdem. Zum 1. Januar 2009 will die Bundesregierung den Gesundheitsfonds einführen. Aber diese Geldsammelstelle wird nicht nur kein Finanzierungsproblem lösen, sie wird viele neue schaffen und gerät immer mehr zum Spielball politischer Interessen. Der Gesundheitsfonds soll das Herzstück der Gesundheitsreform darstellen und löst aber weder das Finanzierungsproblem noch das Gerechtigkeitsproblem. Als Reformattrappe wurde der überflüssige Fonds von einer zerrissenen Koalition beschlossen. Noch hat sie nicht den Mut, das unsinnige Projekt zu stoppen, obwohl die Debatte schon längst Gegner aus den eigenen Koalitionsfraktionen sowie der Opposition auf den Plan gerufen hat. Ab 1. Januar 2009 sollen die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht mehr an die einzelnen Krankenkassen, sondern in einen Fonds fließen. Zukünftig legt die Bundesregierung den Beitragssatz für alle fest und nicht die Einzelkassen. Die privaten Krankenversicherungen werden nicht einbezogen. Der Gesundheitsfonds gibt also an die Kassen staatlich festgelegte Einheitsbeiträge pro Versichertem aus, was insbesondere die großen Versorgerkassen mit ungünstiger Risikostruktur zum Einfordern von Zusatzbeiträgen zwingen wird. Dies treibt automatisch Junge, Gesunde, Gut-Verdienende zum Kassenwechsel, verschlechtert die Risikomischung innerhalb der Kassen weiter und zwingt zu noch höheren Zusatzbeiträgen. So vollzieht sich mit dem Einsetzen des Gesundheitsfonds nicht nur ein Prozess der Selektion der schlechten Risiken und Entsolidarisierung. Vielmehr kommt es in der Konsequenz auch zu einer schleichenden Verschlechterung des Versorgungsangebotes. Mit dem Gesundheitsfonds kommt auch ein neuer Finanzausgleich zwischen den Kassen mit der originellen Bezeichnung „morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich“, den wir im Übrigen auch dringend brauchen. Der Morbi-RSA hat eine wichtige Funktion, denn er ermöglicht einen Finanzausgleich zwischen den Kassen unter Berücksichtigung der Krankheiten. Allerdings zwingt er in dieser Form die Versicherten zu Zusatzbeiträgen, ins-

besondere große Versorgerkassen mit ungünstiger Risikostruktur. Derzeit berät die Koalition eine Liste von 50–80 Krankheiten. Kein Mensch weiß, weshalb die Krankheitsliste auf 80 beschränkt wird und Erkrankungen wie z. B. Asthma und koronare Herzkrankheiten nicht vorkommen. Also, was bringt der Gesundheitsfonds? Er bringt höhere Beiträge für gesetzlich Versicherte, denn Gesundheitsökonomie prognostizieren heute schon einen zukünftigen Beitragssatz von bis zu 15,5% – derzeit liegt er durchschnittlich bei 14,6%. Er schwächt die Selbststeuerungsfähigkeit des Gesundheitswesens und bringt keine nachhaltige Finanzierung im Gesundheitswesen. Der einstige Anspruch der Gesundheitsreform war die gewollte Verteilung der Ausgaben und Kosten auf viele Schultern. Da die gesetzlichen Versicherten damit wieder alleine bleiben und die privaten Versicherungen nicht miteinbezogen werden, ist der Gesundheitsfonds eine weitere Phase der Entsolidarisierung und Zementierung des Zweiklassenmedizin. Ausblick: Im Herbst haben die Länder noch eine Chance zur Rebellion. Dann muss der Bundesrat einer Rechtsverordnung zustimmen, die die Zuschläge festklopft, die aus dem Fonds an die Kassen fließen. Dann können die Ministerpräsidenten zeigen, ob ihr Protest mehr als nur Maulheldentum ist. Statt die gesetzlich versicherte Bevölkerung einem gigantischen Feldversuch mit ungewissem Ausgang auszusetzen, muss die große Koalition den Gesundheitsfonds stoppen. Die GRÜNE Bürgerversicherung ist das Modell der Zukunft und eine Versicherung von allen für alle Bürgerinnen und Bürger. Kleine und mittlere Einkommen werden durch die Senkung der Beitragssätze besonders stark entlastet, höhere Einkommen werden moderat stärker zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung herangezogen. Gesetzliche und Private Krankenversicherung befinden sich in einem fairen Wettbewerb um den besten Service und die niedrigsten Verwaltungskosten. Eine einseitige Rosinenpickerei der Gutverdienenden und Gesunden durch die Privaten Krankenversicherungen ist dadurch ausgeschlossen.

Speaker's Corner Grüne Ethik statt „grüner“ LobbyistInnen

von Julian Karwath

Früher stritten sie für grüne Politik, heute kämpfen sie für Zigaretten, Schokolade, Pillen und Atomkraft. Der Wechsel ehemaliger grüner PolitikerInnen zu Wirtschaft und Lobbyverbänden hat mittlerweile ungeahnte Ausmaße angenommen. Das Fass zum Überlaufen bringt nun die ehemalige Staatssekretärin im Umweltministerium Margareta Wolff, die jetzt u. a. die Atomlobby bei ihrer Kampagne zur Laufzeitverlängerung berät.

Natürlich besteht die theoretische Möglichkeit, dass sie sich dort für grüne Ziele einsetzt, aber im Ernst: Glaubt das irgendjemand? Produziert Mars (Mathias Berninger) mittlerweile gesundes Essen oder hat EnBW (Rezzo Schlauch) angefangen, seine Atompolitik zu beenden?

Es geht nicht nur darum, dass sie damit völlig konträr zu ihrer und unserer bisherigen Politik arbeitet und uns damit völlig unglaubwürdig macht, sondern, dass sie mit ihren Kenntnissen und Kontakten aus dem Amt jetzt für Partikularinteressen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungen schafft und damit langfristig der Demokratie schadet. In dieser Hinsicht ist auch die Tätigkeit des grünen Ex-Staatssekretärs Baarke für die Umwelthilfe nicht ganz unkritisch. Erschreckenderweise sind laut LobbyControl heute alle aus der Politik ausgeschiedenen, ehemaligen, grünen Regierungsmitglieder in irgendeiner Form lobbyistisch tätig.

Das Problem ist also ein strukturelles und bedarf mehr Beachtung als der kurzfristigen Empörung und der Forderung nach einer generellen gesetzlichen Regelung. Wir alle sind aufgefordert darüber nachzudenken, wie wir mit solchem Verhalten in Zukunft umgehen. Grüne/r sein heißt eben auch, einen ethischen Anspruch an die Politik zu haben und zu versuchen, diesem Anspruch trotz aller Schwierigkeiten auch selbst zu genügen.

Zur nächsten Mitgliederversammlung am **Dienstag, 17.06.08 19.30 Uhr** Mitgliederversammlung im Gasthaus Deutscher Kaiser (Günterstalstr. 38) lädt der Kreisvorstand alle Mitglieder sowie Interessierte herzlich ein.
TO: Antrag zu „Mehr Kommunikation und Transparenz auf allen Ebenen“; Diskussion zur Verlängerung des Alkoholverbotes in der Innenstadt; Vorbereitung der Kommunalwahl (PG Kommunales).

Postvertriebsstück / PVSt, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", E 1351

AK-AnsprechpartnerInnen

AK Bildung: Birgit Woelki, Tel. 701323

AK Energie:
Jan Christoph Goldschmidt
Tel.: 2046968, janosch-go@email.de

AK Europa:
Thomas Rehmet, Tel.: 0761-89 78 105
rehmetth@web.de

AK ÖKRA (Öko-Agrarpolitik)
Harald Wurm, Tel.: 32846,
haraldwurm@gmx.com

AK Kultur: Maria Viethen, Tel. 36073

AK Integration
Silke Krebs, Tel.: 480 86 27
krebss@gruene-freiburg.de

AK Wirtschaft und Soziales
Sabine Lübke: sabine.luebke@googlemail.com, Tel. 0761-76 71 205

AK Verkehr
Andreas Hoffmann 0761-701214
kv@gruene-freiburg.de

PG Gesundheit
Adelheid Hepp, 0172-1066620
adelhepp@gmx.de

Grüne Jugend Freiburg
Bonaventura Schmid
bonaventura_schmid@yahoo.de

Green Team-Fußballmannschaft
Kapitän: Per Klabundt,
Tel. 55 36 76, per.klabundt@gmx.de

Unsere Abgeordneten
Wahlkreisbüros:
Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Kerstin Andreae, MdB
Mitarbeiter: Per Klabundt, David Vaulont
Tel. 8886713 Fax 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Edith Sitzmann, MdL
Mitarbeiterin: Nadyne Dittmann
Tel. 702102 Fax 0761-75405
sitzmann@gruene-freiburg.de

Reinhold Pix, MdL
Mitarbeiterinnen: Daniela Evers, Trudis
Fisch, Tel.: 71154 Fax 71159
buero@reinhold-pix.de

Das grüne Kommunalwahlprogramm 2009 steht an und Du bist gefragt!

Die Projektgruppe Kommunales

Die Kommunalwahlen stehen im Juni 2009 an und es wird langsam Zeit, dass wir mit dem Prozess beginnen, ein Kommunalwahlprogramm für 2009 zu erarbeiten.

Wie auch im letzten Kommunalwahlkampf wollen wir auch dieses Mal einen breiten und offenen Diskussionsprozess über das Wahlprogramm führen.

Daher laden wir alle interessierten Mitglieder und an einem Gemeinderatsmandat Interessierten ein, sich am Programmerstellungsprozess zu beteiligen. Jedes Mitglied und jede Meinung ist bei der Programmerstellung wichtig!

Bei den ersten beiden Treffen der Projektgruppe Kommunales wird es zunächst darum gehen, die thematischen Schwerpunkte des Programms festzulegen und anhand derer Ar-

beitskreise zu bilden. Die Arbeitskreise werden dann in weiteren Sitzungen die detailliertere inhaltliche Arbeit machen. Das Kommunalwahlprogramm soll dann in Form von inhaltlichen Eckpunkten auf einer Mitgliederversammlung im November/Dezember 2008 abschließend diskutiert und verabschiedet werden.

Zum Auftakt des Diskussionsprozesses über das grüne Kommunalwahlprogramm laden wir alle Mitglieder herzlich ein:

1. Juli, 19:30 Uhr, Seminarwerkstatt, Guntramstraße 9

15. Juli, 19:30, Architekturforum, Guntramstraße 13

Nadyne Dittmann und Peter Herrmann, Sprecher des Kreisverbandes

Termine

Datum	Veranstaltung	Ort
Mittwoch, 04.06.08 20 Uhr	AK Europa	Grünes Büro
Mittwoch, 04.06.08 20 Uhr	AK Bildung mit Thomas Gehring (Sprecher der BAG Bildung)	Ort bitte bei Birgit Woelki erfragen (Tel.: 701323)
Dienstag, 17.06.08 19.30 Uhr	Mitgliederversammlung im Gasthaus Deutscher Kaiser (Günterstalstr. 38)	

Dienstag, 3. Juni, 20 Uhr,	Fraktion an der Uni	KG I HS 1009
Mittwoch, 4. Juni, 20 Uhr,	AK Bildung mit Thomas Gehring (BAG Bildung)	Fraktionszimmer Rathaus
Donnerstag, 5. Juni, 19.30 Uhr,	Fraktion unterwegs	Gasthaus Schützen
	Was ist los in Oberwiehre-Waldsee?	

Abkürzungen:

AK = Arbeitskreis; BDK = Bundesdelegiertenkonferenz; Büro = Termin findet im Grünen Büro statt; GR = Gemeinderatssitzung; KV = Kreisverband; LDK = Landesdelegiertenkonferenz; LGS = Landesgeschäftsstelle (Forststr. 93 in Stgt.); LT = Landtag (Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer Str. 12 in Stgt.); MV = Mitgliederversammlung; PG = Projektgruppe